

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner-Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neumann
Für die Nachdrucke: 20017.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preis.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zugangung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. Die einseitige 7 mm breite Zeile 2,50 M. Für Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 1 spaltig 1/2 u. 2 spaltig 2/3. Bezugsgebühren laut Tarif. Anzeigen, Aufträge geg. Vorauszahlung. Eingangszeit d. Vorabendblattes 20 U.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Neumann & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hupfeld
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und
Literatur
kostenlos

TRI-PHONOLA

Als FLÜGEL, PIANO oder VORSETZER für persönliches Spiel oder zur selbsttätigen Wiedergabe des Urspiels erster Meister. Vorspiel bereitwillig

Das voll-
kommenste
Instrument

Rönisch

Waisenhaus-Str. 24

Wirtschaftsmaßnahmen des Teilungsplanes.

Das Reinergebnis der Lösung.

London, 17. Okt. „Observer“ bringt eine Uebersicht über die Entscheidung des Obersten Rates in der ober-schlesischen Frage, die morgen veröffentlicht werden soll. Das Reinergebnis der Lösung des Völkerbundes ist, dem Blatte zufolge, daß die Hälfte des ober-schlesischen Industriegebietes, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwicklung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, besonders das wirklich ertragreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland weggenommen und Polen gegeben wird. In der Hauptsache laßt die Lösung auf folgenden hinaus:

1. Die neue politische Grenzlinie (scheiden mitten durch das Industriegebiet. Sie ist festgelegt worden nur nach dem Grundsatze, eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl von Deutschen auf polnischer Seite zu lassen. 2. In wirtschaftlicher Beziehung habe man versucht, die politische Grenze ihre Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirtschaftliche Maßnahmen auferlegte, die dazu bestimmt seien, den einheitlichen Charakter des Industriegebietes während eines Zeitraumes von 15 Jahren zu wahren. Es werde die Schaffung eines gemischten Kommission von Deutschen und Polen vorgeschlagen, sofern beide Parteien dies wünschten und zwar unter dem Vorbehalt eines Völkerbundsvertrages. Dieser solle die Befugnis haben, die praktischen Einzelheiten zur Durchführung des Planes auszuarbeiten. Der Kommission solle eine Reihe gemischter Ausschüsse zur Seite stehen. 3. Bei der Frage der Eisenbahnen solle z. B. ein gemischter Ausschuss einen Plan zur Aufrechterhaltung des gesamten Eisenbahnnetzes sowohl auf polnischer, wie auf deutscher Seite der Grenzlinie als gemeinsames System für das gesamte Industriegebiet ausarbeiten. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen sollen nach der Länge der Schienenstrecke, sowie nach dem Umfange des Verkehrs, in den verschiedenen Zonen verteilt werden. 4. Es sei klar, daß die politische Grenze sofort Zollgrenze werde. Um diesen Einwand zu beheben, schlage der Völkerbund vor, daß zwei Uebergangsperioden geschaffen werden sollen, nämlich eine von 6 Monaten und eine von 14 1/2 Jahren, während deren die normalen Zollgebühren einachseln werden sollen. 5. In der Periode von 6 Monaten solle es den beiden Staaten vollkommen gestattet sein, ihre Geschäfte zu organisieren, als ob die politische Grenze überhaupt nicht bestände. Wenn beispielsweise ein besonderer Artikel, der nach Deutschland zur Bearbeitung in Oberschlesien eingeführt werde, nach einer Fabrik geschickt werden solle, die auf der polnischen Seite der neuen Grenzlinie liegt, so könne der Grenzstand die neue Grenze passieren, ohne daß Zoll entrichtet werden müsse. 6. In der Periode von 14 1/2 Jahren sollten alle Hoffstoffe, die aus der deutschen oder polnischen Zone stammten oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollten, die Grenze ohne Zoll hin- und herpassieren. Textilstoffen könnten z. B. solche Waren, die in deutschen Fabriken und in polnischer Zone fertiggestellt werden sollten, zollfrei ausgeben. 7. Die gemischte Kommission solle befugt sein, ein allgemeines Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen auszuarbeiten, das vollständige Ausfuhrfreiheit für die Artikel vorsehe, die von den Industrien auf der jeweils anderen Grenzlinie gebraucht werden. Eine besondere Klausel sei beizufügen, die es Deutschland nicht gestattet, auf Waren aus Polen Einfuhrzoll zu legen. 8. Während einer Periode von 15 Jahren sei keinerlei Zwangsenteignung gestattet. 9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze lebten, hätten während der 15 Jahre das Recht, für die deutsche Untertanenschaft zu stimmen. 10. Die deutsche Mark werde als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt. 11. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibe in Kraft, bis die polnische Regierung allgemein eigene Gesetze ausgearbeitet habe. 12. Die Wasser- und Elektrizität im ganzen Industriegebiet, jedenfalls soweit die bestehenden Systeme in Betracht kommen, bleibe in der Hand der internationalen Verantwortlichkeit. 13. Das allgemeine System der elektrischen Kraftversorgung solle bestehen bleiben. Die Polen sollten jedoch nach einem Zeitraum von drei Jahren das Recht haben, eine der beiden Kraftstationen im Industriegebiet anzukaufen. Die Kraftstation, die für den Anfang durch die Polen in Betracht komme, sei die von Chorzow, das auf polnischer Seite liegt, da die andere Kraftstation, nämlich die von Hindenburg, auf deutscher Seite liegt.

„Observer“ kann über den genauen Verlauf der vom Völkerbunde vorgeschlagenen politischen Grenze keine genauen Angaben machen. Man könne jedoch sehr mit Bestimmtheit annehmen, daß neben Plesch und Stobitz drei der wichtigsten industriellen Mittelpunkte, nämlich Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz, an Polen fallen würden. — „Observer“ erklärt, eine Ausbändigung von Kattowitz und Königshütte, die bei der Volksabstimmung eine Mehrheit von 17 000 und 21 000 Stimmen zugunsten Deutschlands aufwies, sei bei weitem der ernsteste Punkt im Plane des Völkerbundes. Vor allem sei wichtig, daß Kattowitz der Eisenbahnmittelpunkt des südlichen Teiles des Industriegebietes sei. Die Hauptlinie Berlin-Kattowitz gehe durch Kattowitz. Der südwestliche und westliche Teil des Bergwerksgebietes gehöre den Polen. Die Gegend, die fast vollkommen im östlichen Teile des Industriegebietes liege, nämlich von Ostlich Beuthen bis

Antonienhütte und bis zum Spine-Bogen, werde ebenfalls polnisch. „Observer“ weist darauf hin, obgleich die deutschen Interessen im ober-schlesischen Industriegebiet, das man jetzt Deutschland wegnehme, zeitweise geschädigt seien, so betrage doch der Zeitraum, worin dies der Fall sei, nur 15 Jahre. Danach trete Polen in den vollen Besitz des Gebietes. Das Kapital, die Leitung und die gelehrten Arbeiter in dem jetzt Polen zugesprochenen Gebiete seien vollkommen deutsch.

Formelle Bedenken.

(Drahtmeldung aus Berlin unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 17. Okt. In der ober-schlesischen Angelegenheit ist sich der Oberste Rat scheinend noch nicht über das einzuschlagende Verfahren einig. In optimistischen Schläfen daraus liegt aber für und kein Grund vor, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England nicht sachlicher, sondern nur formeller Natur sind. Ueber die 13 Punkte der Genfer Beschlüsse liegen authentische Nachrichten noch nicht vor, doch dürften die Angaben darüber zutreffen. Klar ist, daß die deutsche Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt werden soll. Es entspricht das den Interessen und Wünschen Polens selbst. Ob es für uns von Vorteil ist, liegt dahin. Sehr bedenklich ist die Bestimmung, wonach es Deutschland verboten sein soll, Einfuhrzölle auf Güter aus Polen zu legen. Es wird damit ein Loch im Osten aufgetan. In Polen bringt noch den polnischen Pressestimmen zu urteilen, mehr und mehr die Meinung durch, daß man die Wirtschaftsbestimmungen anschauen solle.

Um die wirtschaftliche Einheit.

Paris, 17. Okt. Im „Journal“ führt heute St. Brice aus, daß der heutige Tag in der ober-schlesischen Angelegenheit von entscheidender Bedeutung sein werde. Man müsse Klarheit darüber haben, daß die Teilung Oberschlesiens nur unter der Bedingung zugelassen werden könne, daß die wirtschaftliche Einheit zeitweilig bestehen bleibe. Auf diese Frage erwarte man ein entscheidendes Ja oder Nein. Die Mitglieder des Völkerbundes hätten ausdrücklich erklärt, daß sie nur den Vorkauf hätten, eine Grenzlinie zu ziehen. Weitere wirtschaftliche Empfehlungen seien damit nicht verbunden. Auf keinen Fall könne sich Frankreich der englischen Anschauung anschließen, sonst würde Frankreich der deutschen Ansicht von der Unteilbarkeit Oberschlesiens beifolgt.

Schwierigkeiten in der Uebermittlung des Völkerbundsbeschlusses.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 17. Oktober. Daraus meldet aus London: Der Bescheid des Völkerbundes soll nach Informationen aus englischer Quelle in drei Teile zerlegt werden. 1. In die Grenzlinie, 2. die wirtschaftlichen Erwägungen, 3. die deutsch-polnische Kommission, der ein Neutraler präsidieren soll und die die wirtschaftlichen Erwägungen zu verwirklichen hat.

Der erste Teil des Völkerbundsbeschlusses hält sich im Rahmen des Versailler Vertrages. Auch der zweite Teil könnte, wie man in diplomatischen Kreisen erklärt, noch eingehend werden. Der dritte Teil jedoch kann seinen Platz nur in einem Instrument finden, auf das sich der Völkerbund, wenn er lebensfähig sein soll, stützen muß. Wenn es richtig ist, daß von englischer Seite Berlin und Warschau der Bescheid des Völkerbundes gleichzeitig zur Kenntnis gebracht werden soll, so ist es auch richtig, daß sich die englischen Diplomaten in dieser Beziehung nicht vollkommen in Uebereinkunft befinden. Aber es scheint nach einer geheimen im Foreign Office vorgenommenen Prüfung des Beschlusses und nach einem Gedanken-austausch zwischen Paris und London, daß die Frage der Uebermittlung der Völkerbundsantwort an Deutschland und Polen ernste Schwierigkeiten macht. In den Kreisen scheint man sich mehr mit dem Punkte des Völkerbundes zu beschäftigen, das Mandat der Interalliierten Kommission von Döppel zurückzuverlangen und man befaßt sich auch mehr mit der politischen Situation, die, wie man befürchtet, in Deutschland entstehen könnte. Am 13. August, als der Oberste Rat dem Völkerbund die Teilung Oberschlesiens übertrug, waren wirtschaftliche Erwägungen noch nicht in Aussicht genommen, denn sie erschienen nicht nur ungenügend die Durchführung des Völkerbundsbeschlusses, sondern sie fügten sogar den bereits bestehenden oder durch die Grenzlinie in Oberschlesien notwendig gewordenen Organisationen weitere hinzu.

Die Interalliierte Kommission von Döppel soll 24 Stunden vor der Mitteilung der Völkerbundsentscheidung an Berlin und Warschau verständigt werden, daß sie Ordnungsmaßnahmen ergreifen und die Gebiete von Oberschlesien der neuen Souveränität unterstellen kann. Gleichzeitig soll die Kommission für ganzes Sachverständigenpersonal in Bewegung setzen, um mit den deutschen und den polnischen Vertretern die Grenzlinie praktisch festzusetzen. Zu gleicher Zeit wird die Völkerbundsversammlung der deutschen und der polnischen Regierung die wirtschaftlichen Erwägungen bekannt geben und die beiden Staaten werden ihre Bevollmächtigten ernennen, um mit ihnen über die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen zu verhandeln, durch die das industrielle Leben wirtschaftlich sichergestellt werden soll. Auch von der deutschen und der polnischen Regierung muß eine Kommission ernannt werden, die die Privatstreitigkeiten zu regeln hat, die sich ergeben könnten.

Meinungsverschiedenheiten der Völkerbunds-konferenz.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 17. Okt. „Leuvre“ führt die Meinungsverschiedenheiten in der Völkerbunds-konferenz darauf zurück, daß große Metallindustrielle gewisse Beziehungen zu Völkerbündlern hätten, und zwar nicht nur zu Lord d'Abernon und Charles Laurent. Diese Industriellen hätten auf der Völkerbunds-konferenz einen Standpunkt vertreten lassen, der sich sehr wesentlich von dem des Völkerbundes unterscheidet. Sie hätten einen Verteidiger ihrer Ansicht in dem Völkerbündler gefunden, der nicht der ihrige, aber auch nicht nur Völkerbündler, sondern gleichzeitig Präsident einer Anzahl von Verwaltungsräten sei. Auf die Opposition dieser Industriellen sei die Tatsache zurückzuführen, daß die Völkerbunds-konferenz bisher zu keiner endgültigen Entscheidung gelangen konnte.

Ein gewagtes Experiment.

Newyork, 17. Oktober. Die „World“ nennt es ein gewagtes Experiment von der Völkerbunds-kommission, wenn die ober-schlesische Lösung so vorgenommen werden soll, wie die europäischen Mächte mitteilen. Die Entente stellt fest als Souffleur hinter dem Völkerbund und beruft sich darauf, daß sie es nicht gemessen sei. Mit einer dergleichen Politik habe man schon mehr als einmal Schiffbruch erlitten. Solche Beschlüsse wirken für den Völkerbund selbst tragisch.

Amerikanisch-deutscher Sondervertrag.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Newyork, 17. Oktober. Trotz des Widerstandes der Wilsongruppe gegen einen Sondervertrag mit Deutschland ist dessen Ratifikation für die nächsten Tage zu erwarten.

Der amerikanische Botschafter in Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 17. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Es wird berichtet, daß Präsident Harding den Botschafter in Deutschland zu ernennen, sobald der Friedensvertrag ratifiziert sei. Oberst Tompson ist einer der bekanntesten amerikanischen Bankiers und Millionäre. Er war Direktor der New York Federal Reserve Bank seit der Organisation und spielte eine besondere Rolle im Direktorium der Metropolitan Life Insurance Company. 1917 war er vier Monate lang Präsident des amerikanischen Roten Kreuzes in Russland. Bis das Regime von den Bolschewiken gestürzt wurde, Tompson kennt alle europäischen Länder durch ausgedehnte Reisen sehr gut. Er ist 1868 in Virginia geboren und verheiratete sich 1896 mit Gertrud Hickman.

Amerikanischer Eisenfreit.

Newyork, 16. Okt. (Reuter.) Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerfreit in vollem Umfange befolgt wird, so werden am 30. d. M. über 1 1/2 Millionen Eisenbahngestellte in den Aufstand treten und am 2. November etwa 2 Millionen Angestellte infolge der gänzlichen Einstellung des Eisenbahnbetriebes fern. Wie gemeldet wird, haben über 90 Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt.

Japanische Schachzüge für Washington.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 17. Okt. Der „Temps“ Korrespondent in Tokio meldet, daß die Nachricht, Cloud George werde an der Washingtoner Konferenz teilnehmen, dazu führen könnte, daß die japanische Regierung einen weiteren Delegierten für Washington ernennen werde, der älter sei, als die bisher gewählten Delegierten, und der die Abordnung führen sollte.

Wiesbaden und die Reparationskommission.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 17. Okt. Die Reparationskommission wird sich heute in offizieller Sitzung mit dem Wiesbadener Abkommen beschäftigen. Auch der deutsche Vertreter in der Reparationskommission Baron v. Dergen wird dieser Sitzung beiwohnen.

Die Undurchführbarkeit der Reparationszahlungen.

Wien, 17. Okt. In der gestrigen Sitzung der Völkerbundsliga kam die Rohstofffrage zur Erörterung. Dabei wurde festgestellt, daß die Deutschland auferlegten Reparationszahlungen in ihrer Durchführung ein unüberwindliches Hindernis für die Wiederherstellung der Ordnung auf dem internationalen Weltmarkt bilden.

Berringerung der Schupo.

(Drahtmeldung aus Berlin unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 17. Okt. Im Mannschaftebände der Schutzpolizei hat eine Berringerung einreten müssen, weil die Entente Einspruch dagegen erhoben hat, daß die Kriminalbeamten der Zahl der gestohlenen Schupomannschaften nicht zugeählt werden.

Reichstagsplaneritzung am Donnerstag.

Berlin, 17. Okt. Der Reichstagsplaneritzung des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, an der auch wieder der Reichstagspräsident teilnahm, nach kurzer Aussprache, die Plenarsitzung für Donnerstag in Aussicht zu nehmen und zu diesem Tage die Mitglieder des Reichstages nach Berlin zu berufen. Ueber die Stunde der Sitzung ist noch nichts bestimmt, da die amtliche Mitteilung über die Genfer Beschlüsse noch nicht in Berlin eingetroffen ist.

Dresdner Nachrichten